

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 25.07.2005
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 05.07.2005
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:07 Uhr – 21:14 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen vom 19.05.2005 und 28.06.2005 - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 19.05.2005 - öffentlicher Teil -
294/2005**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Haushalt 2005/2006; Einbringung der Entwürfe**
 - 1. Haushaltssatzungen der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006, Investitionsprogramm 2004-2008 und Haushaltssicherungskonzept bis 2007**
 - 2. Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008**

3. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008**
4. **Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008**
5. **Wirtschaftsplan der städtischen Einrichtung „GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008**
6. **Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008**
7. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008**
8. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008**
367/2005
- 5.a **Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen; Antrag der SPD- Fraktion vom 13.06.2005**
329/2005
6. **Jahresabschluss 2004 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
303/2005
7. **Einwohnerfragestunde**
356/2005
8. **2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach**
297/2005
9. **Schenkung des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V.**
357/2005
10. **Änderung der Entgeltordnung der Städtischen Max-Bruch-Musikschule 2006 - 2008**
269/2005
11. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen 2005 / 2006**
272/2005
12. **Außenbereichssatzung Nr. 4334 - Kauler Feld -
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung**
311/2005
13. **Bebauungsplan Nr. 5285 - Eichelstraße - 2. Änderung
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung**
312/2005

- 14. Aufhebung der Satzung zum Schutze des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereiches der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach - Baumschutzsatzung -**
366/2005
- 15.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2005 zu Umbesetzungen im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und im Vergabeausschuss**
354/2005
- 15.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 07.06.2005 zur Benennung einer sachkundigen Bürgerin als stellvertretendes Mitglied in verschiedenen Ratsausschüssen**
355/2005
- 16.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2005 zum Unterrichtsrecht für Ratsmitglieder gem. § 113 Abs. 5 GO NRW**
349/2005
- 16.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2006 zur Prüfung der Jahresabschlüsse der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der Gesellschaften, die sich im alleinigen Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach befinden**
351/2005
- 16.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2005 zum Thema "Sparkonzept Zukunft heute"**
369/2005
- 16.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 21.06.2005 zum Erhalt der Schnellbuslinien SB 31 und SB 42 von Lindlar über Bensberg nach Köln**
370/2005
- 17. Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 19.05.2005**
- nichtöffentlicher Teil -

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 19.05.2005**
- nichtöffentlicher Teil -
296/2005

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Änderung des zwischen dem Abfallwirtschaftsbetrieb und der EBGL - Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH geschlossenen Vertrages über die
Gestellung von Arbeitnehmern**
200/2005

5. **Anerkennung von ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten des Bürgermeisters**
362/2005

6. **Antrag der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V.
vom 14.06.2005 zur Einzelentscheidung in Sachen Grundsicherung nach dem
Sozialgesetzbuch - SGB - XII**
353/2005

7. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt er folgende Unterlagen:

1. Die Einladung vom 22.06.2005 mit den dazugehörigen Vorlagen,
2. das Schreiben vom 29.06.2005 zur Aufnahme des Punktes „Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen“ in die Tagesordnung inkl. der entsprechend ergänzten Tagesordnung,
3. das Schreiben vom 01.07.2005 mit der aktualisierten Anlage zur Tagesordnung,
4. der Entwurf der Haushaltssatzungen der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005 und 2006,
5. die Anlagen zum Entwurf der Haushaltssatzungen der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005 und 2006.

Im Anschluss daran weist er auf einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 27.06.2005 zur Finanzierung der Eissporthalle durch Mittel der Parkraumbewirtschaftung hin. Dieser sei zum einen verfristet eingegangen und zum anderen inhaltlich unzutreffend. Das Nähere ergebe sich aus der Vorlage der Verwaltung, die allen Mitgliedern des Rates auf den Tisch gelegt worden sei.

Danach weist er auf folgende Anfragen der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg hin, die allen Mitgliedern des Rates mit den Antworten der Verwaltung als Tischvorlage vorlägen. Es handele sich

1. um eine Anfrage vom 20.06.2005 zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen,
2. um eine Anfrage vom 26.06.2005 zur „Befreiung“ für den Anbau des Marienkrankenhauses und
3. um eine Anfrage vom 26.06.2005 zur Prüfung der Kanalbenutzungsgebühren.

Die ersten beiden seien im öffentlichen, letztere im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Des Weiteren läge allen Mitgliedern des Rates eine Information hinsichtlich des Vorgehens zum Doppelhaushalt 2005/2006 vor. In dieser würden die rechtlichen Grundlagen für die spezielle Haushaltssituation der Stadt sowie das konkrete Vorgehen bei den Beratungen bis zum Satzungsbeschluss erläutert.

Herr Ziffus nimmt Bezug auf den Antrag seiner Fraktion zur Finanzierung der Eissporthalle durch Mittel der Parkraumbewirtschaftung und wirft Herrn Kremer als Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vor, diesen trotz Überweisungsbeschluss des Finanz- und Liegenschaftsausschusses nicht für die Tagesordnung der Sitzung des Fachausschusses am 09.06.2005 vorgesehen zu haben. Er geht davon aus, dass es die Pflicht eines Ausschussvorsitzenden sei, Anträge in die Tagesordnung des von ihm geleiteten Ausschusses aufzunehmen. Hintergrund sei offenbar die Absicht der CDU-Fraktion gewesen, dass der Ausschuss sich lediglich mit deren Antrag zur Finanzierung des Eissports in Bergisch Gladbach befassen sollte. Er fragt an, welche Möglichkeiten es zur Ahndung eines derartigen Vorgehens gebe.

Herr Kremer weist diese Vorwürfe zurück. Er sei mit der Verwaltung der Auffassung, dass der Vorgang korrekt abgewickelt wurde.

Bürgermeister Orth sichert zu, den Ablauf der Angelegenheit anhand der Geschäftsordnung zu überprüfen und alle Beteiligten über das Ergebnis zu informieren.

Herr Schütz bittet darum, Sitzungsunterlagen künftig stringenter durchzunummerieren für den Fall, dass es, wie zu dieser Sitzung, mehrere Tagesordnungen gebe.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Verwaltung sich bemühe, die Mitglieder des Rates stets zeitnah über aktuelle Entwicklungen hinsichtlich der Tagesordnung zu informieren. Im Übrigen werde die Anregung aufgegriffen.

Frau Koshofer nimmt Bezug auf die Anlage zur Tagesordnung in der Fassung vom 30.06.2005 und weist zu Punkt A 5 a (Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen; Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2005) darauf hin, dass sich ihre Fraktion bei der Abstimmung nicht der Stimme enthalten, sondern vielmehr zugestimmt habe. Auch zu Punkt 8 „2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach“ sei das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion nicht korrekt wiedergegeben worden.

<-@
2. Genehmigung der Niederschriften aus den Sitzungen vom 19.05.2005 und 28.06.2005 - öffentlicher Teil -

@-> Herr Dr. Baeumle-Courth merkt zur Niederschrift über die Sitzung vom 19.05.2005 an, dass in dieser ab und zu Passagen doppelt wiedergegeben wurden. Zudem sei der Sachbeitrag von Herrn Dr. Miede unter Punkt 21.3 des öffentlichen Teils (Seite A 16) nicht komplett wiedergegeben. Des Weiteren sei entgegen der Ankündigung auf Seite A 18 der Niederschrift der Wortlaut seiner Anfrage zur Linde auf dem Schulhof in Herkenrath und zur Verkehrssituation am Refrather Weg in Gronau nicht beigefügt worden. Zuletzt fehle auch die schriftliche Beantwortung dieses Teils seiner Anfrage, die ihm selbst zwar zwischenzeitlich vorliege, nicht jedoch den übrigen Ratsmitgliedern. Er bittet darum, diese Dinge zu korrigieren.

(Anmerkung der Verwaltung: Die unvollständige Wiedergabe des Redebeitrages von Herrn Dr. Miede auf Seite A 16 der Niederschrift beruht auf einem Fehler in der Druckwiedergabe des entsprechenden Word-Dokumentes. Dieser wurde bedauerlicherweise nicht bemerkt. Unterschlagen wurde allerdings lediglich eine Zeile mit

insgesamt 3 ½ Worten. Der Satz muss wie folgt lauten: „Herr Dr. Miede wünscht keine Sachdiskussion, da die Antragstellerin eine Überweisung des Antrages wünsche.“

Die Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth hinsichtlich der Linde auf dem Schulhof in Herkenrath und zur Verkehrssituation am Refrather Weg in Gronau ist der Niederschrift in der Tat versehentlich nicht beigelegt worden. Die Antwort zum zweitgenannten Anfrageteil lag zum Zeitpunkt der Drucklegung der Niederschrift noch nicht vor. Das Antwortschreiben ist Herrn Dr. Baeumle-Courth danach zugestellt worden. Zur Information der Ratsmitglieder wird beides noch einmal der Niederschrift dieser Sitzung als Anlage beigelegt.)

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf die Protokollierung der „Anmerkung zur Weitergabe von personenbezogenen Daten an die SPD“ von Frau Schu auf Seite A 19 (unter Punkt 22: Anfragen der Ratsmitglieder) der Niederschrift. Der Landrat habe inzwischen festgestellt, dass die Weitergabe der personenbezogenen Daten an den SPD-Unterbezirk rechtswidrig gewesen sei.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass es kurz vor dieser Weitergabe eine gesetzliche Änderung gegeben habe, die durch die Verwaltung nicht berücksichtigt wurde.

Im Übrigen werden die Niederschriften über die Sitzungen vom 19.05. und 28.06.2005 genehmigt.

<-@

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 19.05.2005 - öffentlicher Teil -**

@->

Bürgermeister Orth ergänzt den Durchführungsbericht zu den Punkten 21.1 (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 09.04.2005 zur Vorbereitung von Maßnahmen in der Umweltpolitik 2005) und 21.3 (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 28.04.2005, ein Hearing für Ratsmitglieder zum Thema Feinstaub zu veranstalten und zu diesem Zweck Fachleute als Referenten einzuladen) dahingehend, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr diese in seiner Sitzung am 09.06.2005 abgelehnt habe. Zu 21.4 (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Novellierung des räumlich-funktionalen Entwicklungskonzeptes) merkt er an, dass der Hauptausschuss sich mit diesem in seiner Sitzung am 28.06.2005 befasst habe. Die Mitglieder dieses Gremiums seien dem Vorschlag der Verwaltung zur weiteren Vorgehensweise gefolgt. Punkt 22 (Anfragen der Ratsmitglieder) aktualisiert er dahingehend, dass die Anfragen von Herrn Dr. Baeumle-Courth zur Verkehrssituation am Refrather Weg, von Herrn Buchholz zur Erteilung eines Bauvorbescheides für den Bereich Margaretenhöhe und von Herrn Haasbach zur Herausgabe personenbezogener Daten an die SPD inzwischen schriftlich beantwortet wurden.

Herr Ziffus nimmt Bezug auf die Aktualisierung von Bürgermeister Orth zu Punkt 21.3 und weist darauf hin, dass in der Vorlage für den Fachausschuss fälschlicherweise dargestellt wurde, es lägen keine Messwerte für Feinstaub in Bergisch Gladbach vor. In der Antwort der Verwaltung auf seine Anfrage zum gleichen Thema sei ausgeführt worden, dass es seit dem Jahre 2001 sehr wohl kontinuierliche Messungen in diesem Bereich gebe.

Im Übrigen nimmt der Rat den Bericht zur Kenntnis.

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es gibt keine Mitteilungen.

<-@

5. Haushalt 2005/2006; Einbringung der Entwürfe

1. Haushaltssatzungen der Stadt Bergisch Gladbach für die Haushaltsjahre 2005/2006, Investitionsprogramm 2004-2008 und Haushaltssicherungskonzept bis 2007
2. Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008
3. Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008
4. Wirtschaftsplan der städtischen Feuerwehr für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008
5. Wirtschaftsplan der städtischen Einrichtung „GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008
6. Wirtschaftsplan des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008
7. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005/2006 und Investitionsprogramm 2004-2008
8. Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ für die Wirtschaftsjahre 2005/ 2006 und Investitionsprogramm 2004 - 2008

@-> Bürgermeister Orth und Stadtkämmerer Kotulla halten ihre Reden anlässlich der Einbringung des Doppelhaushaltes 2005/2006. Deren Wortlaut ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Danach gibt Herr Lang für seine Fraktion zur Aufstellung des Haushaltsplanes eine Erklärung ab. Auch diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Ryborsch kritisiert unter Bezugnahme auf den Inhalt der Erklärung von Herrn Lang das Verhalten von dessen Fraktion im Rahmen der Sondersitzung des Rates am 28.06.2005. Die auf Initiative der CDU-Fraktion unterbundene Durchführung dieser Sitzung mache viele Möglichkeiten im Bereich der künftigen freiwilligen Leistungen zunichte.

Für Herrn Ziffus hat sich die Verwaltung entgegen der entsprechenden Aussage von Stadtkämmerer Kotulla in den vergangenen Jahren keineswegs so intensiv um Einsparungen bemüht, wie dies hätte sein müssen. So seien z. B. die Vermögenslage und die Situation im Bereich der Rücklagen bei den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

immer wieder mangels aktueller Jahresabschlüsse unklar geblieben. Auf Grund dessen hätten die Ratsmitglieder nur sehr selten aktuelle Daten zu den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen erhalten. Des Weiteren seien in den Haushalten der vergangenen Jahre die Kosten nicht immer ihrem tatsächlichen Stand entsprechend dargestellt worden. So habe die Einführung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Straßenbau zu einer plötzlichen Erhöhung des Defizits in diesem Bereich von 5,5 Millionen auf 11 Millionen Euro geführt. Zum dritten sei in den Haushaltsplänen immer wieder der Eindruck erweckt worden, dass bei der Parkraumbewirtschaftung Einnahmen erzielt würden, weil die auch hier angebrachte betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise unterbunden wurde. Sehr oft habe die Verwaltung die wahren Kosten für ein Produkt nicht dargestellt, obwohl deren Berechnung ohne weiteres möglich gewesen wäre. Bei den Hebesätzen für die Grundsteuer B sei immer wieder die nicht wünschenswerte Belastung von Mietern angeführt worden, um eine Anhebung zu kritisieren. In Wirklichkeit treffe eine solche jedoch ausschließlich Hauseigentümer, die in Bergisch Gladbach ohnehin in der Überzahl seien. Hinsichtlich der Eigenbetriebe hätten die Mitglieder des Rates Bilanzen vorgelegt bekommen, die Jahre veraltet waren. Überhaupt arbeite man in vielen Bereichen mit veralteten Zielvorgaben, z. B. im Bereich des räumlich-funktionalen Entwicklungskonzeptes. Letzteres werde jetzt endlich korrigiert. Insgesamt habe die Verwaltung in vielen Bereichen über Jahre hinweg blockiert, woraus sich u. a. das strukturelle Defizit in Höhe von etwa 19 Millionen Euro ergebe.

Herr Albrecht merkt an, dass der Verwaltung und den übrigen Fraktionen die ablehnende Haltung der Fraktionen von CDU, FDP und Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg zur Erhöhung der Hebesätze in 2005 bekannt gewesen sei. Zudem würden Sitzungen für den Rat und die Ausschüsse im Vorhinein festgelegt, was es den Ratsmitgliedern ermögliche, ihre übrigen Termine entsprechend zu legen. Bei den Sitzungsterminen Ende Juni/Anfang Juli habe es mehrfach kurzfristige Änderungen gegeben. Der Antrag der SPD-Fraktion zur Einberufung der Sondersitzung des Rates am 28.06.2005 mit der Begründung, den Fortbestand der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach zu sichern, sei fadenscheinig gewesen. Hierdurch habe lediglich die Möglichkeit geschaffen werden sollen, über eine Zufallsmehrheit eine gewünschte Erhöhung der Hebesätze durchzusetzen. Die drei dieses Vorhaben ablehnenden Fraktionen hätten daraufhin zu Recht die Notbremse gezogen.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass diese Angelegenheit auch eleganter hätte gelöst werden können. So wäre ein Gespräch mit den initiiierenden Fraktionen im Vorfeld möglicherweise hilfreich gewesen.

Herr Schneeloch entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Albrecht, dass hinsichtlich einer Erhöhung der Hebesätze in den gemeinsamen Besprechungen zwischen den Fraktionsvorsitzenden und dem Bürgermeister Einvernehmen bestanden habe. Von seiten der CDU-Fraktion sei dem Ansinnen, die sog. „Konsolidierungsliste“ zu realisieren, nie widersprochen worden. Das Verhalten der CDU-Fraktion sei vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

Herr Jung bezweifelt die Aussage von Herrn Ziffus, dass es im Stadtgebiet mehr Hauseigentümer als Mieter gebe.

Herr Kleine geht davon aus, dass die Ratsmitglieder, die am 28.06.2005 zur anberaumten Sondersitzung des Rates erschienen, eine bestimmte Auffassung zur Aus-

übung ihres Mandates dokumentierten. Insoweit handelte es sich beim Verhalten der boykottierenden Fraktionen um eine Frage des politischen Stils.

Herr Dr. Fischer entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Schneeloch, dass weder die CDU noch die FDP den von der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhungen zugestimmt habe. Für seine Fraktion sei die Vorlage eines Haushalts für 2005 und 2006 Voraussetzung für abschließende Entscheidungen. Aus diesem Grund hätten sich die Fraktionen von CDU und FDP gemeinsam an den Bürgermeister mit der Bitte gewandt, den Haushalt nicht erst in der September-Sitzung des Rates einzubringen, sondern in der heutigen. Erst nach einem kompletten Überblick solle darüber befunden werden, in welchen Bereichen Erhöhungen bzw. Einsparungen möglich seien.

Herr Schütz befürwortet das Vorgehen von CDU und FDP in der Frage der Vorlage des Haushaltes. Es könne nicht angehen, in wichtigen Bereichen mit Einzelentscheidungen zu arbeiten, die anschließend im Wege der Dringlichkeit beschlossen würden. Hinsichtlich der Sondersitzung des Rates hätten die drei boykottierenden Fraktionen durchaus andere Möglichkeiten des Agierens gehabt. So wäre es möglich gewesen, die befürwortenden Fraktionen am Abend vorher darüber zu informieren, dass man an der Sitzung nicht teilzunehmen wünsche. Eine weitere Möglichkeit wäre gewesen, dass alle Fraktionen zur Sondersitzung erscheinen, die eine Erhöhung der Hebesätze nicht mittragenden jedoch vor der Behandlung des entsprechenden Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal verlassen. Dann wäre es möglich gewesen, lediglich für diesen Punkt eine Beschlussunfähigkeit festzustellen.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Die Entwürfe der Haushaltssatzungen 2005/2006, Investitionsprogramm 2004-2008, Haushaltssicherungskonzept bis 2007, Wirtschaftspläne 2005/2006 und Investitionsprogramme 2004-2008 des Abwasserwerkes, des Abfallwirtschaftsbetriebes, der städtischen Feuerwehr, der städtischen Einrichtung „GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“, des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung, der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ werden zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.**

<-@

5.a **Förderung der Beratungsstelle der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen; Antrag der SPD- Fraktion vom 13.06.2005**

@-> Herr Albrecht weist darauf hin, dass es sich um einen Beschluss im Vorgriff auf den Haushaltsplan 2005/2006 handeln werde. Er spricht sich im Grundsatz für eine Erhaltung der Verbraucherberatungsstelle aus, stellt jedoch folgende zusätzliche Anträge:

1. Der Vertrag mit der Verbraucherzentrale solle nur bis zum 31.12.2006 geschlossen werden. Zurzeit sei nicht bekannt, wie künftig eine Förderung durch das Land aussehe. Vor diesem Hintergrund gelte es zunächst, die Handlungsfähigkeit der Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach finanziell sicherzustellen.
2. Die Verbraucherberatungsstelle in Bergisch Gladbach erstellt für ihre Leistun-

gen einen Gebührenkatalog und stellt dessen Gebühren künftig ihrer Kundenschaft in Rechnung. Dies sei bereits Bestandteil der letzten Vertragsverhandlungen gewesen, jedoch nicht umgesetzt worden. Hierdurch werde der finanzielle Deckungsgrad der Beratungsstelle erhöht.

3. Der Bürgermeister bemüht sich, den inzwischen entfallenden Deckungsbeitrag der Belkaw GmbH in Höhe von 5.000,00 € anderweitig zu beschaffen.
4. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob sie für die Verbraucherberatungsstelle geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen kann, sodass auch hier ein Einsparpotenzial erreicht wird.

Bürgermeister Orth stellt klar, dass der Beschluss unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht erfolge. Die städtische Förderung werde im Übrigen maximal 60.000,00 € für den benannten Zeitraum betragen.

Herr Lang gibt bekannt, dass seine Fraktion 500,00 € zum Erhalt der Verbraucherberatungsstelle spenden werde. Er regt an, dass sich die übrigen Fraktionen diesem Beispiel anschließen. Der Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich einer Reduzierung der Laufzeit des neuen Vertrages sei vor dem Hintergrund des mit dem Landrat bereits Abgestimmten problematisch. Hier solle es beim ursprünglichen Beschlussvorschlag bleiben.

Herr Schütz beantragt, über die Anträge der CDU-Fraktion getrennt abzustimmen. Er spricht sich gegen die von dieser Fraktion vorgeschlagene Limitierung der Vertragslaufzeit aus. Es sei kein Zustand, dass die Verbraucherberatungsstelle jedes Jahr erneut um ihren Fortbestand bangen müsse.

Frau Schöttler- Fuchs weist auf den Platzbedarf der Verbraucherberatungsstelle hin. Bereits jetzt bezahle man für ein Beratungsgespräch 1,50 €. Insofern sei es wenig sinnvoll, erneut über einen Gebührenkatalog zu verhandeln.

Herr Dr. Fischer spricht sich für die von Herrn Albrecht beantragte Vertragslimitierung aus. Es sei nicht bekannt, inwieweit durch die Verbraucherberatungsstelle das Einsparpotenzial ausgeschöpft wurde. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung binde den Haushalt auf mehrere Jahre. Auch seine Fraktion spreche sich für den Erhalt aus, wolle jedoch über die Höhe der Zuschüsse von Jahr zu Jahr erneut verhandeln können.

Sodann lehnt der Rat zunächst den Antrag der CDU-Fraktion, dem mit der Verbraucherzentrale abzuschließenden Vertrag nur eine Laufzeit bis zum 31.12.2006 einzuräumen, mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, KIDinitiative und Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg ab.

Im Anschluss daran lehnt der Rat den Antrag der CDU-Fraktion, eine städtische Förderung von der Bereitstellung von Landesmitteln in bisheriger Höhe abhängig zu machen, mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und KIDinitiative bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg ab.

Danach fasst der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP, KIDinitiative und einer Stimme aus den Reihen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg bei

Stimmenthaltung der übrigen Mitglieder der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgende **Beschlüsse:**

1. **Mit der Verbraucherberatungsstelle ist über die Erstellung eines Gebührenkataloges zu verhandeln. Über das Ergebnis der Verhandlungen ist der Hauptausschuss zu informieren.**
2. **Der Bürgermeister wird gebeten, für den entfallenden Förderungsbetrag der Belkaw GmbH in Höhe von 5.000,00 € Ersatz bei Sponsoren zu finden.**
3. **Der Bürgermeister wird gebeten, die Frage der Unterbringung in städtischen Räumlichkeiten mit der Verbraucherberatungsstelle zu diskutieren.**

Zuletzt fasst der Rat einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen aus den Reihen der CDU und einer Stimmenthaltung aus den Reihen der FDP folgenden **Beschluss:**

Unter dem Vorbehalt einer Zustimmung durch die Kommunalaufsicht schließt die Stadt Bergisch Gladbach mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen einen Vertrag über eine jährliche Förderung in Höhe von maximal 60.000,00 € für den Zeitraum 2006 bis 2009 unter der Voraussetzung, dass Zuwendungen anderer Kommunen auf diesen Betrag angerechnet werden.

<-@

6. Jahresabschluss 2004 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

@->

Herr Dr. Lahn weist darauf hin, dass es die Bädergesellschaft offenbar als einen Erfolg betrachte, wenn der Jahresfehlbetrag für 2004 nur etwa 270.000,00 € gegenüber den 1,2 Millionen Euro des Jahres 2003 betrage. Hier sei allerdings zu betrachten, was der normale laufende Geschäftsbetrieb 2004 an Ergebnissen erbracht habe, und die außerordentlichen Zahlungen und Ausschüttungen zu berücksichtigen. Zum ausgewiesenen Verlust für 2004 sei die außerordentliche Fonds-Ausschüttung zu rechnen. Diese sei im Grunde genommen eine Kapitalentnahme in Höhe von etwa 1 Million Euro. Des Weiteren sei eine Sonderzahlung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von etwa 100.000,00 € hinzuzurechnen, für welche es keine erkennbare Rechtsgrundlage gebe. Somit sei insgesamt ein Verlust vor Sondererträgen in Höhe von 1.367.500,00 € entstanden. Dieses strukturelle Defizit könne auf Grund des politischen Mehrheitswillens, keine kostendeckenden Eintrittsgelder zu erheben, offenbar auch nicht beseitigt werden. Es sei erkennbar, dass die Bädergesellschaft das vorhandene Kapital zunehmend aufbrauchen werde. Da die Stadt der Gewährleister dieser Gesellschaft sei, werde sie ab einem bestimmten Zeitpunkt die Kosten zu übernehmen haben. Die Bädergesellschaft leiste zudem zum Betrieb des Hallen- und Freibades Mediterana seit dem Jahre 2000 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 787.389,50 €. Er möchte wissen, ob dieser Betrag auch 2004 gezahlt oder passiviert wurde. Aus den Unterlagen der Vorlage ergebe sich eher, dass der Betrag nicht ausgezahlt wurde. Zudem sei nicht klar, ob eine andere Form der Rechnungsabgrenzung gewählt wurde. Interessieren würde ihn auch die Unterlage, die sich mit den Vorgängen innerhalb der Geschäftsführung der Bädergesellschaft befasse. Es werde lediglich erwähnt, dass es hierzu einige Anmerkungen gegeben habe. Gerade diese seien jedoch ggf. für die

Mitglieder des Rates in ihrer Entscheidungsfindung von Bedeutung. Er sehe sich nicht in der Lage zu beurteilen, ob die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und die übrigen Dinge in der vorgeschlagenen Form verabschiedet werden könnten. Es fehlten hierzu weitergehende Unterlagen. Er bittet darum, diese auszuhändigen, damit seine Fraktion das Mandat erteilen könne.

Bürgermeister Orth weist darauf hin, dass Herr Dr. Lahn Fragen gestellt habe, die nur im nichtöffentlichen Teil zu beantworten seien.

Herr Dr. Fischer gibt Herrn Dr. Lahn in Bezug auf dessen Ausführungen zum strukturellen Defizit Recht. Dies sei auch von seiner Fraktion mehrfach angesprochen worden, weil man nicht wisse, wohin es führe. Der Bürgermeister selbst habe hierzu in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz im Februar den Vorschlag unterbreitet, ein Wasserflächenkonzept zu erarbeiten und vorzustellen. Aus diesem solle erkennbar werden, was in der Stadt an Wasserflächen tatsächlich benötigt werde und wie man ggf. notwendige Korrekturen und Veränderungen vornehmen könne. Er möchte wissen, wann dieses Konzept vorgestellt und auf dessen Basis über die Bädergesellschaft gesprochen werde. Letztere sei integraler Bestandteil des Vermögens und der Leistungen der Stadt.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass die Bädergesellschaft zwar wirtschaftlich, nicht jedoch rechtlich integraler Bestandteil des städtischen Vermögens sei. Es sei daher nicht so einfach, die Ressourcen der Gesellschaft im Rahmen des Doppelhaushaltes 2005/2006 für eine Konsolidierung heranzuziehen. Das Wasserflächenkonzept sei im Aufsichtsrat der Gesellschaft vorgestellt worden und stehe kurz vor den Beratungen in den dafür zuständigen politischen Gremien.

Herr Kleine sieht im Jahresabschluss 2004 eine rückwärts gerichtete Betrachtung. Wolle man die Gesellschaft strukturell verändern, seien konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Die Wirtschaftsprüfer hätten bestätigt, dass die Gesellschaft mit den ihr zur Verfügung stehenden Beträgen korrekt wirtschaftete. Eine inhaltliche Diskussion sei daher hier nicht zulässig, sondern gehöre unter einen eigenen Tagesordnungspunkt.

Herr Lang geht davon aus, dass die neu in den Rat gewählten Mitglieder ein größeres Informationsbedürfnis hätten als diejenigen, die dem Rat bereits vorher angehörten. Dies betreffe nicht nur seine eigene, sondern auch die anderen Fraktionen. In Vorlagen werde immer wieder ein Verweis auf frühere Sitzungsunterlagen vorgenommen. Diese datierten jedoch zumeist aus Zeiten, in denen die neuen Ratsmitglieder ihr Mandat noch nicht hatten. Entsprechend einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster gelte das Informationsrecht eines jeden Ratsmitgliedes uneingeschränkt. Ausschüsse seien nicht dazu befugt, eine Diskussion im entscheidenden Rat abzuschneiden. Die im Rat für gemeinhin stärker vertretene Öffentlichkeit habe ein Recht darauf zu erfahren, was in den Ausschüssen jeweils diskutiert wurde. Im Übrigen gebe es nirgendwo eine Vorschrift, die es einem Ausschussmitglied verbiete, im Rat noch einmal zu wiederholen, was es im Ausschuss zur Sprache gebracht habe. Insoweit bestehe er auf eine Beantwortung der von seiner Fraktion gestellten Fragen. Weil diese bislang nicht beantwortet wurden, werde man gegen den Beschlussvorschlag stimmen. Hiermit sei allerdings keine Misstrauensbekundung gegen den Geschäftsführer der Gesellschaft verbunden.

Herr Dr. Kassner hält es für notwendig, über die Zukunft der Bädergesellschaft im Rat und in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Der Gesellschaft seien seinerzeit die Anteile der Stadt an der Belkaw GmbH übertragen worden, um die Nutzung der städtischen Bäder bezahlbar zu halten. Hierbei sei man von einer Renditeerwartung des angelegten Betrages in Höhe von etwa 5,5 % ausgegangen. Diese Erwartung konnte allerdings nicht gehalten werden, weshalb die Rendite aus dem Betrag die Verluste der Gesellschaft nicht mehr abdecke. Nunmehr werde Jahr für Jahr ein Teil des Vermögens aufgezehrt. Die Stadt lebe im Bereich der freiwilligen Leistung „Bäder“ über ihre Verhältnisse. Diesbezüglich müsse ein neues Konzept erarbeitet werden. Ein Teil des Gesellschaftszweckes liege darin, das Schulschwimmen und das Sportschwimmen unentgeltlich zu ermöglichen. Im Normalfall seien solche Leistungen unter Abwägung mit einer Förderung anderer freiwilliger Bereiche durch den kameralen Haushalt zu begleichen. Es könne nicht mehr angehen, jedes Jahr einen erneuten Verlust der Gesellschaft zu akzeptieren und einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg bei 4 Stimmenthaltungen aus den Reihen der FDP und der CDU folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,**

- 1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2004 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von € 266.574,51 aus der Gewinnrücklage abzudecken,**
- 2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten und**
- 3. für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2005 die BFJM Bachem Fervers Janßen Mehrhoff OHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.**

<-@

7. Einwohnerfragestunde

@-> 1. Einwohneranfrage zur Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters für dessen Öffentlichkeitsarbeit

-

Bürgermeister Orth verliest ein Schreiben von Herrn Klaus Hoffmann zur Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters für dessen Öffentlichkeitsarbeit. Dieses Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann beantwortet er die gestellten Fragen wie folgt:

Eine Aufwandsentschädigung nach der Gemeindeordnung für den Bürgermeister für dessen Öffentlichkeitsarbeit sei ihm nicht bekannt, weshalb er eine solche auch nicht erhalte. Auf Grund der „Verordnung über die Eingruppierung der kommunalen Wahlbeamten auf Zeit und die Gewährung von Auf-

wandsentschädigungen durch die Gemeinden und Gemeindeverbände (Ein-gruppierungsverordnung)“ bekomme er allerdings eine solche. Die in der Ver-ordnung festgelegten Aufwandsentschädigungen seien nach Einwohnerzahlen gestaffelt und dürften die Höchstbeträge nicht überschreiten. Bergisch Glad-bach gehöre zur Größenklasse zwischen 101.000 und 250.000 Einwohnern. Die ihm gewährte Aufwandsentschädigung dürfe hiernach 306,77 € nicht ü-berschreiten. Monatlich werde ihm mit seinem Gehalt ein solcher Betrag aus-gezahlt.

Mit dieser Aufwandsentschädigung würden pauschal die persönlichen Auf-wendungen abgegolten, die sich aus den mit seinem Amt verbundenen beson-deren Verpflichtungen ergäben. Hierzu zählten insbesondere solche der Rep-räsentation. Eine Kürzung der Aufwandsentschädigung stehe nicht in der Dis-position des Bürgermeisters.

2. Einwohneranfrage zum Bebauungsvorhaben Oberkülheim/ Am Branderhof

Bürgermeister Orth verliest ein Schreiben der Anwohner des Bereiches Ober-külheim/ Am Branderhof, vertreten durch Herrn Manfred Quante, zu einem Bauvorhaben in diesem Bereich. Dieses ist der Niederschrift als Anlage beige-fügt.

Sodann beantwortet Bürgermeister Orth die gestellten Fragen wie folgt:

Bisher liege lediglich ein Antrag der CDU-Fraktion zu der Angelegenheit vor, der am 30.06.2005 im Planungsausschuss beraten wurde. Dieser habe be-schlossen, Untersuchungen über die Möglichkeiten eines Satzungsverfahrens durchzuführen. Als Resultat könne die Einleitung eines Verfahrens zur Auf-stellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 BauGB (ggf. mit vorheriger Flächennutzungsplan- Änderung) oder die Auf-stellung eines Bebauungsplanes herauskommen. Die beiden Verfahren seien öffentlich und würden unter Beteiligung der Bürger durchgeführt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt würden erste Untersuchungen durchgeführt; ei-ne Bürgerbeteiligung habe noch nicht stattgefunden. Demzufolge könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden, wer Vorteile von einer solchen Satzung haben könnte; falls sie überhaupt erstellt werde.

8. <-@
2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach

@-> Herr Albrecht beantragt, über die Beschlussempfehlungen getrennt abzustimmen.

Herr Lang kündigt an, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlägen zustimmen wer-de.

Sodann fasst der Rat zunächst mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg bei Stimment-haltung der KIDinitiative folgenden **Beschluss:**

In den „Zielen und Maßnahmen“ des 2. Frauenförderplanes werden alle Zusätze „sofern die Bewerbungslage dies zulässt“ gestrichen.

Im Anschluss daran fasst der Rat mehrheitlich gegen einige Stimmen aus den Reihen der CDU und gegen einige Stimmen aus den Reihen der FDP folgenden **Beschluss:**

Unter dem Punkt 2.5 „Übergreifende Ziele und Maßnahmen“, hier „externe Stellenbesetzungen“, ist gezielt der Zusatz „ Es ist aktiv nach geeigneten Frauen zu suchen“ hinzuzufügen.

Zuletzt fasst der Rat mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen aus den Reihen der FDP und 2 Stimmenthaltungen aus den Reihen der CDU folgenden **Beschluss:**

Der 2. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird unter Berücksichtigung der o. g. Änderung und Ergänzung beschlossen.

<-@

9. **Schenkung des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V.**

@-> Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Herr Hoffstadt dankt dem Verschönerungsverein für sein generöses Geschenk, hält die Vergoldung der Hahnenskulptur vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt jedoch für ein falsches Zeichen.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass die Stadt Bergisch Gladbach stets eine reiche war und heute noch ist. Lediglich die Körperschaft befinde sich in der bekannten finanziellen Situation. Zudem stehe ihr Jubiläum an. Er geht davon aus, dass Bergisch Gladbach auch zukünftig eine wohlhabende Stadt bleibe und die Körperschaft ihre finanziellen Probleme meistere.

Herr Albrecht ist dem Verschönerungsverein dankbar für das Geschenk. Unter Anführung des Beispiels der Sanierung der Dachaufbauten der Herz-Jesu-Kirche in Schildgen führt er aus, dass eine Feuervergoldung die geeignetste Methode sei, Dachaufbauten langfristig haltbar zu machen. Alle anderen Legierungen seien längst nicht so standhaft. Insoweit handele es sich auch um die wirtschaftlichste Lösung.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> **Die Schenkung des Verschönerungsvereines e. V. wird mit besonderem Dank angenommen.**

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

10. **Änderung der Entgeltordnung der Städtischen Max-Bruch-Musikschule 2006 - 2008**

@-> Herr Dr. Fischer beantragt, dass die neuen Entgelte für den Bereich der städtischen

Max-Bruch-Musikschule wie für die VHS nur für die Jahre 2005 und 2006 festgeschrieben werden. Die Bestimmung der Gebühren für die Folgejahre solle den Haushaltsberatungen überlassen bleiben.

Bürgermeister Orth merkt an, dass die Änderung der Entgeltordnung der städtischen Max-Bruch-Musikschule sich nicht auf das Jahr 2005, sondern nur auf die Jahre 2006 bis 2008 beziehe. Insoweit laufe der Antrag von Herrn Dr. Fischer diesbezüglich nur auf einen Beschluss für das Jahr 2006 hinaus.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP, KIDinitiative und Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss**:

Die Entgeltordnung der städtischen Max-Bruch-Musikschule wird für das Jahr 2006 beschlossen.

Herr Kleine merkt an, dass dieser Beschluss auf einer Diskussion im Finanz- und Liegenschaftsausschuss beruhe. Dort sei er unterbreitet worden, um eine zeitliche Deckungsgleichheit mit dem Haushalt 2005/2006 zu erreichen. Es sei allerdings zu prüfen, ob dies formal-juristischen Kriterien genüge.

Bürgermeister Orth antwortet, dass der Rat soeben seine Entscheidung getroffen habe.

<-@
11. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen 2005 / 2006**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Entgelte für die VHS-Veranstaltungen 2005/2006 werden entsprechend der Vorlage erhoben.

<-@
12. **Außenbereichssatzung Nr. 4334 - Kauler Feld -**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung

@-> Der Rat fasst in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende **Beschlüsse**:

- <-@
@-> I. **Den Anregungen des Landrates des Rheinisch-Bergischen Kreises werden zurückgewiesen.**
- II. **Die Außenbereichssatzung Nr. 4334 – Kauler Feld – wird gem. § 10 Bau-gesetzbuch und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung beschlossen.**

<-@
13. **Bebauungsplan Nr. 5285 - Eichelstraße - 2. Änderung**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung

@-> Der Rat fasst in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende Beschlüsse:

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 5285 – Eichelstraße -, 2. Änderung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen der Einwender

B 1 Gerti und Frank Wegner wird nicht stattgegeben,

T 1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise stattgegeben.

II. Der Bebauungsplan Nr. 5285 – Eichelstraße -, 2. Änderung wird gemäß § 10 BauGB und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NRW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

<-@
14. Aufhebung der Satzung zum Schutze des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereiches der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach - Baumschutzsatzung -

@-> Herr Waldschmidt qualifiziert die Absicht der CDU-Fraktion, über eine Streichung der Baumschutzsatzung zum finanziellen Erhalt des Eissports beizutragen, als pure Heuchelei. Diese habe in der vergangenen Ratsperiode mit ihrer absoluten Mehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion durchgesetzt, die Mittel für den Eissport zu streichen. Durch die Aufhebung der Baumschutzsatzung seien keinerlei Einsparungen zu erzielen. Der Stelleninhaber, ein hoch qualifizierter Gartenbauingenieur, könne weder auf eine dem Haushalt zugeordnete und ansonsten nur extern besetzbare Stelle noch auf eine voll durch den übrigen Gebührenhaushalt getragene Stelle umgesetzt werden. Stattdessen führe die Aufhebung der Satzung zu einem Fortfall von Einnahmen in Höhe von 17.000 € pro Jahr. Dieser resultiere aus einem Entfallen von Leistungsentgelten und Bußgeldern. Darüber hinaus werde auf die Einnahme von zweckgebundenen Ausgleichszahlungen verzichtet, die 2004 immerhin 26.600,00 € betragen. Maßnahmen zum Baumerhalt und allgemeine Pflanzaktionen würden künftig entfallen oder den allgemeinen Haushalt belasten. Die Aufhebung der Satzung erbringe somit keine Einsparungen, sondern belaste durch zusätzliche Ausgaben. Es gehe der antragstellenden Fraktion im Übrigen nicht um haushaltspolitische Aspekte, sondern um eine Politik im Interesse bestimmter Gruppen. Alle anderen Städte vergleichbarer Größe schützten ihren Baumbestand über eine entsprechende Satzung. Er geht davon aus, dass der überwiegende Teil der Bergisch Gladbacher Bevölkerung die Baumschutzsatzung akzeptiere. 1.500 Bürger holten sich durchschnittlich pro Jahr eine telefonische Beratung zu deren Anwendung. Von den Ausgleichszahlungen würden Bürgern Zuschüsse zu Neupflanzungen und Baumpflegemaßnahmen an prägenden Großbäumen gewährt. Dass man Bergisch Gladbach als eine Stadt im Grünen bezeichne, werde vor allem auch der Baumschutzsatzung gedankt. Er geht davon aus, dass sich der überwiegende Teil der Grundeigentümer durch deren Regelungen nicht beeinträchtigt fühle. Die Satzung stärke sogar die Rechtsposition von Baumeigentümern gegenüber solchen Nachbarn, die sich durch die Existenz eines Baumes an einer Grundstücksgrenze gestört fühlten. Es handele sich letztlich um eine Ausgestaltung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Mit der Aufhebung werde mittelfristig ein Stück Lebensqualität aufs Spiel gesetzt.

Herr Neuheuser geht davon aus, dass die Aufhebung der Baumschutzsatzung zu keinen höheren Einnahmen für den städtischen Haushalt führe. Seine Fraktion vertrete nicht die Auffassung, dass es in Bergisch Gladbach zu viele Bäume gebe. Daher lehne man die Aufhebung der Baumschutzsatzung ab.

Herr Freese würdigt die Baumschutzsatzung als einen wesentlichen Beitrag für mehr Lebensqualität in der Stadt. Aus seiner eigenen Tätigkeit als Schiedsmann wisse er, dass es allein im Bereich von Alt-Gladbach 30 bis 40 Nachbarschaftsstreitigkeiten pro Jahr, die durch Bäume an Grundstücksgrenzen hervorgerufen würden, gebe. Ein Hinweis auf die Bestimmungen der Baumschutzsatzung habe bislang zu einer Streit-schlichtung beitragen können. Er geht davon aus, dass durch die Aufhebung der Baumschutzsatzung Rechtsstreitigkeiten Vorschub geleistet werde, mit denen sich Gerichte künftig häufiger zu befassen hätten.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, dass ihre Fraktion seinerzeit am Erlass der Baumschutzsatzung mitgewirkt habe. In der weiteren Entwicklung habe sich diese jedoch als reines Reglementierungsinstrument erwiesen. Ihre Vorschriften hätten nur wenig zum Erhalt bestehender Bäume beigetragen. Es seien trotzdem sehr viele Bäume gefällt worden. Bestenfalls hätten die Grundeigentümer Ausgleichszahlungen leisten müssen. Die städtischen Baudezernenten hätten sich zudem stets auf den Grundsatz „Baurecht geht vor Baumrecht“ zurückgezogen. Als aktuelles Beispiel benennt sie den Bereich des Progymnasiums in Bensberg, in welchem alle Bäume gefällt wurden. Viele Grundstückseigentümer hätten sich zudem sehr reiflich überlegt einen Baum zu pflanzen, da dessen Entfernung (z. B. wegen einer Verschattung des Wohngebäudes) ab einem gewissen Stammumfang zu erheblichen Problemen führen konnte.

Herr Albrecht hält die Bergisch Gladbacher Bürgerschaft für verantwortungsbewußt genug, sorgsam mit dem Baumbestand in der Stadt umzugehen. Hierzu bedürfe es der Reglementierung durch eine Baumschutzsatzung nicht mehr.

Herr Nagelschmidt geht von einem Einsparvolumen von 51.000 € gegenüber den von Herrn Waldschmidt benannten 17.000 € aus. Hierin sei allerdings die in Rede stehende Personaldisposition mit eingeschlossen. Er sei ganz sicher, dass sich mittelfristig eine Einsparung realisieren lasse. In den Jahresrechnungen gebe es eine Position „Rücklagen für Ersatzpflanzungen“. Im Jahre 2004 seien dort keinerlei Entnahmen erfolgt. Mithin habe kein Bürger Leistungen aus dieser Position für eine Neupflanzung in Anspruch genommen. Er geht davon aus, dass es nach Leistungen aus diesem Topf eine deutliche Nachfragesteigerung gebe, wenn die Aufhebung der Baumschutzsatzung das Fällen von Bäumen erlaube. Für eine Fällmaßnahme könne es durchaus sinnvolle Gründe geben.

Für Frau Ryborsch ist es bezeichnend, dass niemand mehr die Aufhebung der Baumschutzsatzung mit einer Rettung des Eissports in Bergisch Gladbach verknüpfe. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Aspekten sei von den die Aufhebung befürwortenden Fraktionen lediglich vorgeschoben worden. Diese hätten augenscheinlich kein Interesse an einer Rettung des Eissports. Es gehe ihnen nur darum, die ihnen lästig gewordene Baumschutzsatzung zu eliminieren. Sie möchte wissen, weshalb der Tagesordnungspunkt unvollständig wiedergegeben wurde. Dessen Inhalt sei nach der Intention der CDU mit der Finanzierung der Eissporthalle verknüpft gewesen. Sie beantragt, dass der Rat über den Antrag ihrer Fraktion vom 27.06.2005 zur Finanze-

rung der Eissporthalle durch Mittel der Parkraumbewirtschaftung abstimme.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass eine Verknüpfung der Aufhebung der Baumschutzsatzung mit der Rettung des Eissports auf Grund des Abstimmungsergebnisses in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 09.06.2005 nicht mehr angezeigt sei.

Herr Kremer wirft den gegnerischen Fraktionen Demagogie vor. Gesetzliche Reglementierung sei nicht geeignet, ein hinreichendes Umweltbewusstsein in der Bevölkerung zu verankern. Ein solches müsse vielmehr frühzeitig bei Kindern und Jugendlichen geschaffen werden.

Für Herrn Dr. Baeumle-Courth ist die Notwendigkeit von mehr Umweltbewusstsein kein Argument gegen die Existenz einer Baumschutzsatzung. Deren Regelungen seien in Bergisch Gladbach nicht so stringent wie diejenigen in den Satzungen in Düsseldorf, Hückeswagen oder Neuss. Eine Verknüpfung der Aufhebung mit der Rettung des Eissports werde sinnvollerweise nicht mehr vorgeschoben, da eine solche auch haushaltsrechtlich nicht durchsetzbar sei. Ohne die Satzung werde der Baumschutz in Bergisch Gladbach nicht mehr steuerbar sein. Die Regelungen des Bundes- und Landesnaturschutzgesetzes seien hierfür zu vage. Es sei lediglich möglich, über Bebauungspläne Bäume in Zusammenarbeit mit dem Kreis als Naturdenkmäler unter Schutz zu stellen. Derzeit gebe es 16 solcher Bäume, weitere träten aus Kostengründen nicht mehr hinzu. Er möchte wissen, wer künftig die DIN 1829 und die RAS LG 4 überwache. Das Argument „Reglementierung“ sei nicht einschlägig, da eine solche z. B. auch im Rahmen der Straßenverkehrsordnung stattfinde. Die Stadt Wülfrath habe die Baumschutzsatzung abgeschafft, wonach sie im Wege eines Bürgerbegehrens wieder eingeführt wurde. Die Stadt Wermelskirchen sei ausdrücklich für einen Erhalt von deren Baumschutzsatzung. In Lippstadt habe die Abschaffung derselben im Jahre 2000 zu katastrophalen Fällraten geführt, was die benachbarte Stadt Soest zu einem Erhalt von deren Satzung bewog. In Leverkusen sei die Satzung abgeschafft, auf Grund schlechter Erfahrungen aber wieder eingeführt worden. Er weist darauf hin, dass im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes oder eines Nothaushaltes eine einmal abgeschaffte Baumschutzsatzung so schnell nicht wieder eingeführt werden könne.

Herr Ziffus beantragt, über den Tagesordnungspunkt geheim abzustimmen.

Für Herrn Kleine sichert die Baumschutzsatzung ein erhebliches Stück Lebensqualität in der Stadt. Er rät den gegnerischen Fraktionen, deren Regelungsinhalt anzuerkennen und sie nicht abzuschaffen.

Herr Lang geht davon aus, dass der städtische Mitarbeiter, der bislang für die Baumschutzsatzung zuständig gewesen sei, nicht seinen Arbeitsplatz verliere. Auf der anderen Seite müsse es möglich sein, Stellen einzusparen. Es sei im Übrigen nicht vorwerfbar, wenn man zu der Angelegenheit unterschiedliche Auffassungen vertrete. Seine Fraktion sei jedenfalls für mehr Bürgerfreiheit und weniger Bürokratie.

Herr Neuheuser geht davon aus, dass die von Herrn Nagelschmidt aufgemachte Rechnung nur dann aufgehe, wenn der mit der Satzung befasste Mitarbeiter anderweitig eingesetzt werde, wenn die bislang per Satzung zu zahlenden Beträge entfielen und wenn zukünftig abgeholzte Bäume nicht mehr durch Neupflanzungen ersetzt

würden.

Für Herrn Schütz steht die Argumentation der CDU und der FDP gegeneinander im Widerspruch. Eine Baumschutzsatzung sei auch künftig vonnöten, um Konfliktfälle zu regeln.

Herr Cüpper weist darauf hin, dass die Stadt Rösrath ihre Baumschutzsatzung bereits vor zwei Jahren abgeschafft habe. Dennoch könne man dort keine Abholzungen im größeren Stil feststellen.

Sodann erläutert Bürgermeister Orth das Abstimmungsverfahren. Wer auf den auszu-teilenden Stimmzetteln mit „ja“ stimme, spreche sich für die Abschaffung der Baum-schutzsatzung aus. Wer mit „nein“ stimme, spreche sich gegen deren Abschaffung aus.

Sodann wird die geheime Abstimmung durchgeführt. An ihr nehmen 63 anwesende Ratsmitglieder und Bürgermeister Orth teil. Die anschließende Auszählung der Stimmzettel ergibt, dass alle 64 gültig sind und es keine Enthaltungen gibt. 33 Perso-nen stimmen für die Abschaffung, 31 gegen die Abschaffung der Baumschutzsatzung.

Hieraus ergibt sich folgender mehrheitlicher **Beschluss:**

Die der Vorlage beigefügte Satzung zur Aufhebung der Satzung zum Schutze des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach (Baumschutzsatzung) wird beschlossen.

<-@
15.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2005 zu Umbesetzungen im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und im Vergabeausschuss

@-> Der Rat fasst einstimmig bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

Den Umbesetzungen im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und im Vergabeausschuss wird zugestimmt.

<-@
15.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 07.06.2005 zur Benennung einer sachkun-digen Bürgerin als stellvertretendes Mitglied in verschiedenen Ratsausschüssen

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Ergänzungsbesetzung in den im Antrag benannten Ausschüssen wird zuge-stimmt.

<-@
16.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 06.06.2005 zum Unterrichtsrecht für Rats-mitglieder gem. § 113 Abs. 5 GO NRW

@-> Herr Schneeloch weist darauf hin, dass es eine Kollision zwischen der Verschwiegenheitspflicht nach dem Gesellschaftsrecht und dem Unterrichtsrecht nach der Gemeindeordnung gebe. Es sei der Wille des Hauptausschusses gewesen, dass diese schwierige rechtliche Frage geprüft werde. Der ansonsten einvernehmlich angenommene Verfahrensvorschlag der Verwaltung sei somit um diesen Prüfauftrag zu ergänzen.

Bürgermeister Orth entgegnet, dass die rechtliche Würdigung in der Vorlage für den Hauptausschuss und den Rat hinreichend erfolgt sei. Sie könne jedoch noch einmal präzisiert und ggf. auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

Herr Dr. Fischer bittet darum, so zu verfahren. Es gäbe im GmbH-Gesetz eine Vorschrift, die die Einsichtnahme der Gesellschafter in Aktenvorgänge der Gesellschaften regelt. Aus Sicht seiner Fraktion sei diese Vorschrift sinngemäß auch auf Ratsmitglieder anwendbar. Hieraus ergebe sich ein umfassendes Informationsrecht. Dies schließe nicht aus, dass bestimmte Bereiche auch weiterhin vertraulich zu behandeln seien. Er schließt sich dem Wunsch von Herrn Schneeloch an, dass noch einmal eine juristische Überprüfung der Angelegenheit vorgenommen wird.

Bürgermeister Orth sichert zu, dass diese spezielle Frage überprüft und den Ratsmitgliedern das Ergebnis mitgeteilt werde.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

16.2 <-@
Antrag der FDP-Fraktion vom 11.06.2006 zur Prüfung der Jahresabschlüsse der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der Gesellschaften, die sich im alleinigen Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach befinden

@-> Herr Dr. Fischer stimmt zu, dass eine Behandlung des Antrages in der heutigen Sitzung wie bereits im Hauptausschuss vertagt werde und eine ordentliche Abarbeitung in den Fachausschüssen und im Rat zum nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgt.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die Entscheidung über den Antrag wird vertagt.

16.3 <-@
Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2005 zum Thema "Sparkonzept Zukunft heute"

@-> Frau Münzer begründet den Antrag ihrer Fraktion. Es sei zwar korrekt, dass der Antrag der Vertreter der Fraktionen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SPD im Jugendhilfeausschuss nicht direkt auf eine Übernahme der drei in Rede stehenden Kindertagesstätten in städtische Trägerschaft abgestellt habe und derartiges somit auch nicht beschlossen wurde. Allerdings sei die Diskussion im Ausschuss in diese Richtung gegangen, was ihre Fraktion zum Antrag vom 20.6.2005 veranlasst habe. Sie bewertet das Sparkonzept des Erzbistums Köln als in sich schlüssig und gut durchdacht. Elternwille sei es, katholische Kindertagesstätten in katholischer Trägerschaft

zu belassen. Der Wunsch ihrer Fraktion sei, dass dem Kompromiss zwischen der Stadt und der katholischen Kirche zugestimmt werde.

Herr Hoffstadt schließt sich der Stellungnahme in der Verwaltungsvorlage an. Der Antrag der CDU sei absurd, da im Jugendhilfeausschuss niemand eine städtische Trägerschaft für die drei in Rede stehenden Kindertagesstätten gewünscht habe. Allerdings hätte es der Ausschuss gerne gesehen, wenn auch andere Optionen hinsichtlich einer Trägerschaft geprüft worden wären. In diese Richtung gehe der dort gefasste Beschluss, wobei die Verhandlungen mit der katholischen Kirche zu einem Abschluss gebracht werden sollten.

Herr Neuheuser findet es nicht in Ordnung, dass der Beschluss des Jugendhilfeausschusses in einer Presseerklärung der CDU falsch dargestellt wurde und damit Ängste der Eltern geschürt würden. Er bezweifelt, dass das Sparkonzept des Erzbistums Köln gut durchdacht sei. Ein Beschluss des Rates im Sinne des Antrages der CDU verstoße gegen die Regelungen des KJHG.

Frau Ryborsch geht davon aus, dass ein Beschluss im Sinne des Antrages vom Bürgermeister zu beanstanden sei. Sie kritisiert, dass in Bezug auf die in jedem Fall abzubauenen Kindertagesstättenplätze kein Elternwille zu deren Erhalt vorgebracht werde.

Bürgermeister Orth weist darauf hin, dass sich die Notwendigkeit der Beanstandung eines Beschlusses im Sinne des Antrages der CDU bereits aus der Vorlage ergebe.

Herr Gerhards schließt sich der Ansicht der SPD und von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN an, dass auch andere Möglichkeiten einer Trägerschaft zu prüfen seien. Allerdings gebe es weder eine Einrichtung, die einen nicht-katholischen Träger suche, noch einen Träger, der sich um eine Einrichtung bemühe. Insofern halte er es nicht für sinnvoll, kurzfristig Aktivitäten in diese Richtung zu entfalten. Seine Fraktion werde auch im Wissen um eine eventuelle Beanstandung eines Beschlusses dem Antrag der CDU folgen vor dem Hintergrund, dass sich mit ihm zumindest der Wille des Rates artikuliere.

Herr Albrecht stellt klar, dass seine Fraktion den Antrag vor dem Hintergrund der gegebenen Zeitnot sehr bewusst gestellt habe. In der kontroversen Diskussion im Jugendhilfeausschuss sei erkennbar gewesen, dass ein angemessenes Verständnis für die Angelegenheit nicht vorhanden war. Das Sparkonzept des Erzbistums sei in sich schlüssig und stehe innerhalb eines zeitlichen Rahmens, der einzuhalten sei. Eine Antwort der Stadt solle bis zum 31.7.2005 erfolgen. Auf Grund dessen sei eine Dringlichkeit gegeben und der Rat könne die Entscheidung an sich ziehen. Durch den Vorschlag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die drei in Rede stehenden Kindertagesstätten in städtische Trägerschaft zu übernehmen, entstünden erhebliche Kosten. Dies begründe den Antrag ebenfalls.

Bürgermeister Orth stellt klar, dass im Jugendhilfeausschuss nichts beschlossen wurde, was die Befürchtungen der CDU rechtfertige. Dies müsse Anlass sein, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Dr. Bernhauser erläutert, dass die CDU den Antrag aus finanzieller Sorge unterbreitet habe. Es gehe nicht nur um eine mögliche städtische Trägerschaft, sondern

auch darum, dass die Gegenfinanzierung der drei Einrichtungen innerhalb der katholischen Trägergruppe gesichert werde. Innerhalb dieser würden sowohl die Horte als auch die großen altersgemischten Gruppen abgebaut. Für beide werde auf die nach dem GTK vorgeschriebene städtische Förderung verzichtet. Dies geschehe für ein Gesamtkonzept der Kindertagesstätten im Stadtgebiet und zur Verhinderung von Mehrkosten durch das Sparkonzept des Erzbistums. Der Kompromiss zwischen dem Jugendamt und der katholischen Trägergruppe sei gut erarbeitet und berücksichtige die Belange der Stadt in hinreichender Weise. Es sei notwendig, allen Beteiligten ein deutliches Signal im Sinne des Kompromisses zu geben.

Bürgermeister Orth antwortet, dass diese inhaltlichen Aspekte unstrittig seien.

Herr Galley weist darauf hin, dass es sich beim Jugendhilfeausschuss um ein sondergesetzliches Gremium mit inhaltlichen Kompetenzen und festgelegten Befugnissen handele. Dessen Beschluss sei unter Beteiligung der dortigen Fachleute gefasst worden. Die Verwaltung habe in der Vorlage verdeutlicht, dass kein Zeitdruck bestehe. Insofern könne es beim Beschluss des Jugendhilfeausschusses verbleiben.

Herr Lang geht davon aus, dass ein Beschluss im Sinne des CDU- Antrages, der sich inhaltlich auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung für den Jugendhilfeausschuss beziehe, nicht rechtswidrig sein könne.

Bürgermeister Orth erläutert, dass im Jugendhilfeausschuss kein Beschluss mit den von der CDU befürchteten Konsequenzen gefasst wurde. Die definitive Beschlussfassung zum Konzept der Verwaltung stehe dort noch aus. Der Jugendhilfeausschuss sei zuständig für eine Beschlussfassung, und der Rat könne nur deshalb, weil diese noch nicht erfolgt sei, die Entscheidung nicht an sich ziehen.

Herr Schneeloch beantragt angesichts der ausgetauschten Argumente, der klaren Rechtslage und der offenkundig nicht gegebenen Bereitschaft der CDU, den Antrag zurückzuziehen, das Ende der Debatte.

Sodann fasst der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg und bei Stimmenthaltung aus den Reihen der CDU folgenden **Beschluss:**

Die Aussprache wird beendet.

Danach fasst der Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und der Bürger von Bergisch Gladbach und Bensberg gegen die Stimmen der SPD, von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der KIDinitiative und des Bürgermeisters bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg folgenden **Beschluss:**

Dem Antrag der CDU-Fraktion vom 20.3.2005 zum Thema „Sparkonzept Zukunft heute“ wird stattgegeben.

Bürgermeister Orth kündigt an, diesen Beschluss zu beanstanden.

<-@

16.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 21.06.2005 zum Erhalt

der Schnellbuslinien SB 31 und SB 42 von Lindlar über Bensberg nach Köln

@-> Frau Ryborsch möchte wissen, ob die Ergebnisse der letzten Fahrgastzählung auf den Linien bereits bekannt seien.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, dass dies voraussichtlich übernächste Woche der Fall sei.

Frau Ryborsch bittet darum, ihr diese Informationen schriftlich in die Fraktion zu übermitteln.

Es besteht Einvernehmen, dass der Antrag erledigt ist.

<-@

17. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> 1. Anfrage der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 20.06.2005 zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen

-

Bürgermeister Orth verweist zur Beantwortung dieser schriftlichen Anfrage auf die Tischvorlage.

2. Anfrage der Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. vom 26.06.2005 zur „Befreiung“ für den Anbau des Marienkrankenhauses

-

Bürgermeister Orth verweist zur Beantwortung dieser schriftlichen Anfrage auf die Tischvorlage.

3. Anfrage zum Sachstand des Wasserflächenkonzeptes

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf die Diskussion zu Punkt 6 und fragt an, wann die Verwaltung das Wasserflächenkonzept vorlegen wolle. Dieses sei im Februar bis zu den Sommerferien d. J. versprochen worden und liege anscheinend nicht vor. Es werde jedoch für die anstehenden Haushaltsplanberatungen benötigt.

Bürgermeister Orth sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

4. Anfrage zur Neubebauung im Bereich der alten Taufkirche in Refrath

Frau Schmidt-Bolzmann erläutert, dass die Bürger von Refrath entsetzt über die Entstehung einer unangepassten Bebauung im Bereich der alten Taufkirche seien. Sie stellt hierzu folgende Fragen:

- Habe die Verwaltung die Vorgaben der für den Bereich der alten Taufkirche verbindlichen Gestaltungssatzung zur Grundlage des Kaufvertrages mit dem Erwerber des Grundstückes gemacht?
- Habe Fachbereich 6 im Rahmen der Erteilung der Baugenehmigung die Kriterien der Gestaltungssatzung beachtet?
- Habe sich Fachbereich 6 vor Erteilung der Baugenehmigung wegen der besonderen Straßensituation im Bereich des Grundstückes mit dem Fachbereich 7 ins Benehmen gesetzt? Es gehe insbesondere um das Aufmalen eines Radweges im Straßenbereich für die Zukunft. Es handele sich um einen stark frequentierten Schulweg und eine Engstelle. Ein ordentlicher Radweg beginne erst jenseits von dieser.

Bürgermeister Orth sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

5. Anfrage zum Ablauf der Ratssitzung

Herr Kierspel möchte unter Bezugnahme auf den Inhalt der Haushaltsrede von Bürgermeister Orth wissen, ob dieser seine in dieser geäußerte Hoffnung eines möglichst einvernehmlichen Miteinanders der Ratsmitglieder noch aufrechterhalten könne.

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Hoffnung zuletzt sterbe.

6. Anfrage zum Beginn von Ausschuss- und Ratssitzungen

Herr Neuheuser möchte wissen, ob der Bürgermeister es für notwendig erachte, Rats- und Ausschusssitzungen bereits um 16.00 Uhr beginnen zu lassen. Entständen durch eine solche Verfahrensweise zusätzliche Kosten durch einen Ersatz von Verdienstaussfall und anderem?

Bürgermeister Orth antwortet, dass die Sitzungen generell um 17.00 Uhr beginnen sollten und ein früherer Anfang die Ausnahme sei. Tendenziell entstünden durch einen früheren Sitzungsbeginn höhere Kosten.

7. Anfrage zur Anwendung der Rechtschreibreform in der Verwaltung und zur Verhängung von Bußgeldern gegen Ratsmitglieder

-

Herr Schütz stellt folgende Fragen:

- Wie setze die Verwaltung die Rechtschreibreform innerhalb ihres Tätigkeitsbereiches um?
- Bestehe die Möglichkeit, unentschuldigt einer Sitzung fernbleibende Ratsmitglieder mit einem Bußgeld zu belegen, wie dies z. B. im Bereich des Bundestages geschehe?

Bürgermeister Orth antwortet, dass die neue deutsche Rechtschreibung in allem internen und externen Schriftverkehr der Verwaltung Anwendung zu finden habe. Eine Möglichkeit zur Verhängung der angesprochenen Bußgelder bestehe nicht.

8. Anfrage zu Kanälen der Strunde und zum Niederschlagsabflussmodell

Herr Ziffus stellt folgende Fragen:

- Sei es korrekt, dass die beiden Kanäle der Strunde auf dem Betriebsgelände der Fa. M-real (ehemals Zanders) viel zu gering dimensioniert seien, um das maximal mögliche Hochwasser abzuleiten? Sei es weiterhin korrekt, dass diese beiden Kanäle stark renovierungsbedürftig seien?
- Welche Werte an Kapazitäten bzw. Regenwassermengen enthalte das Niederschlagsabflussmodell, welches durch die Verwaltung erarbeitet wurde?
- Sei es korrekt, dass es eine vergleichbare Situation für den Durchlauf der Strunde im Bereich der oberen Hauptstraße an der Bibliothek gebe? Ihm seien diesbezügliche Kapazitätswerte von 10 cbm/sek. und eine maximale Regenwassermenge von 15 cbm/sek. bekannt. Sofern dies so sei, bestehe ein erhebliches Risiko für die Innenstadt.

Er weist abschließend darauf hin, dass sich am 28.06.2005 im Zuge des an diesem Tag erheblichen Niederschlags im Bereich des offenen Kanals neben der Villa Zanders eine Art „See“ gebildet habe, da der Kanal absolut „dicht“ gewesen sei.

Bürgermeister Orth sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

9. Anfrage zum Bau einer Turnhalle für die Gemeinschaftsgrundschule „An der Strunde“

-

Herr Galley verweist auf ein Schreiben der Leiterin der Gemeinschaftsgrundschule „An der Strunde“, Frau Pennartz, und des Leiters des Paritätischen Trägervereins, Herr Marzinkowski, an Bürgermeister Orth zum Bau der Turnhalle für die Gemeinschaftsgrundschule. Hinsichtlich der Realisierung dieses Projektes sei offensichtlich ein Stillstand eingetreten. Er möchte folgendes wissen:

- Seien von der Verwaltung in dieser Angelegenheit Zusagen gemacht worden? Wenn ja, welche?
- Weshalb sei die Hausmeisterwohnung immer noch frei?
- Sei der Brief vom Bürgermeister schon beantwortet worden?

Stadtkämmerer Kotulla erläutert, dass es in der Investitionsplanung der Stadt schon einmal einen finanziellen Ansatz für den Bau der Turnhalle gegeben habe, der sich jedoch nicht realisieren ließ. Von den angesprochenen Zusagen habe er keine Kenntnis. Sofern es solche gegeben habe, müssten diese allerdings an die finanzielle Situation der Stadt angepasst werden. Er selbst habe um Ostern herum mit der Schulleiterin gesprochen, weil im Zusammenhang mit der Einführung der offenen Ganztagschule auch die Frage nach der Realisierung der Turnhalle im Raume stand. Er habe Frau Pennartz gegenüber ausgeführt, dass es derzeit im städtischen Haushalt keinen Kostenansatz für die Realisierung der Halle gebe. Es solle jedoch eine „kreative“ Lösung gefunden werden, die Realisierung in den nächsten Jahren zu ermöglichen. Dies funktioniere allerdings nur dann, wenn es im zugrunde zu legenden Wirtschaftsplan geeignete Objekte für eine Gegenfinanzierung gebe. Ihm sei im Moment nicht bekannt, ob es im Etat für 2005/2006 einen Ansatz für das Projekt geben werde. Sollte dies der Fall sein, sei eine entsprechende Regulierung notwendig.

Fachbereichsleiter Hastrich ergänzt, dass die Frage hinsichtlich der Nutzung der Hausmeisterwohnung derzeit geklärt werde. In der Zwischenzeit sei mit dem Träger und der Evangelischen Kirche eine Ersatzlösung erarbeitet worden. Diese sei auch bekannt gemacht, sodass der Brief beantwortet wurde.

10. Anfrage zur Unterkunftsvermittlung auf der städtischen Homepage

Herr Pütz stellt zur Unterkunftsvermittlung auf der städtischen Homepage folgende Fragen:

- Sei es korrekt, dass auf der Homepage der Stadt unter der Rubrik „Tourismus und Verkehr“ nur Objekte von „Rhein-Berg Tourismus“ angeboten würden?
- Falls ja, werde eine solche Selektion über eine Zwangsmitgliedschaft in diesem Verein begründet, insbesondere gegenüber Anbietern, die aus dem Verein ausgeschlossen wurden?
- Sehe die Verwaltung ein Problem in der faktischen Monopolstellung des Vereins?
- Sehe die Verwaltung ein Problem, gegenüber den Bürgern zu begründen, dass nicht jeder sein Objekt auf der städtischen Homepage präsentieren dürfe?
- Sei es angedacht, durch eine Verlinkung zu privaten Internet-Angeboten auch Nichtmitgliedern eine Präsentation auf der Seite der Stadt Bergisch Gladbach zu ermöglichen?

Bürgermeister Orth sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

11. Anfrage zum Verkauf des Baugrundstückes im Bereich der alten Taufkirche

Herr Hoffstadt möchte wissen, wie das Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion hinsichtlich des Verkaufs des in Rede stehenden Grundstückes im Bereich der alten Taufkirche gewesen sei.

Bürgermeister Orth empfiehlt, diese Frage direkt der FDP-Fraktion zu stellen.

Herr Hoffstadt hält es für sinnvoll, die Frage anhand des Sitzungsprotokolls zu klären. Er ergänzt, dass er keine Probleme damit habe, den gefassten Beschluss gegenüber den Bürgern zu vertreten.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-@